



Koschyks politische Korrespondenz

Politische Informationen aus erster Hand

1. Jahrgang • Ausgabe 2 • Mai 2006

Inhalt:

Oberfränkische CSU-MdBs in Bayreuth	Seite 1/9
Bundeskanzlerin als Walküre	Seite 2
Aufschwung verstetigt sich	Seite 2
Initiative zum Bürokratieabbau	Seite 3
Koalition will Gesetze auf Bürokratiekosten prüfen	Seite 3
Agrar-Staatssekretär Dr. Gerd Müller zu Gast in Bayreuth	Seite 4
Protest gegen Schließungspläne der Post	Seite 5
Obertrubach erhält DSL	Seite 5
Fahrt für politisch Interessierte nach Berlin	Seite 5
Sichtbare Zeichen für die Zukunft der Markgrafenkaserne	Seite 6
Mangelnde Erreichbarkeit regionaler Arbeitsagenturen	Seite 6
CDU/CSU für einen nationalen Aktionsplan Integration	Seite 7
Meinungsaustausch zu bahnpolitischen Themen	Seite 8
Vorsteuerpauschale	Seite 8
Koschyk in China und Korea	Seite 9
Protest gegen Standortkahlschlag der Telekom	Seite 10
Kompromiss zum Elterngeld	Seite 10
GA-Förderung	Seite 11
CSU vs. Debattierclub	Seite 11
Koschyk beruft Junk als Leiter des Wahlkreisbüros	Seite 12

Ortstermin in Bayreuth

Oberfränkische CSU-MdBs im Gespräch mit Oberfrankens Wirtschaft

Für Fachgespräche mit den Wirtschaftskammern und dem Interessenverband des oberfränkischen Einzelhandels sowie zum Antrittsbesuch beim neuen Bayreuther Oberbürgermeister, Dr. Michael Hohl, kamen Anfang Mai in Bayreuth die oberfränkischen CSU-Bundestagsabgeordneten zusammen. Gemeinsam mit ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer im Bundestag, Hartmut Koschyk, sprachen die Parlamentarier Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof/Wunsiedel), Hans Michelbach (Coburg/Kro-

nach) und Thomas Silberhorn (Bamberg/Forchheim) in Oberfrankens Regierungshauptstadt mit den Geschäftsführungen und Präsidien der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer Oberfranken und dem Einzelhandelsverband, um im gemeinsamen Dialog neue Herausforderungen zu ergründen, um Vorstellungen und Probleme zu besprechen und um konkrete Handlungspläne in der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vorzustellen. (Fortsetzung auf Seite 9...)

KSB investiert 2,5 Mio. Euro

Umweltfreundliche Formanlage eingeweiht



Hartmut Koschyk MdB, Umweltminister Dr. Werner Schnappauf, Manfred Thümmeler, 1. Bürgermeister von Pegnitz, KSB-Vorstandsvorsitzender Heinz-Jürgen Otto, Hans-Jürgen Hubenthal und Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel

Der bayerische Umweltminister Dr. Werner Schnappauf und der KSB-Vorstandsvorsitzende Heinz-Jürgen Otto haben am Freitag, den 12. Mai, die neue Formanlage der Pegnitzer KSB-Gießerei eingeweiht. Im Beisein des Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hartmut Koschyk, des

Oberfränkische CSU-Bundestagsabgeordnete zu Besuch bei OB Michael Hohl



Der neue Bayreuther OB Dr. Michael Hohl empfing an seinem ersten Arbeitstag die oberfränkischen CSU-Bundestagsabgeordneten im Neuen Rathaus mit großer Freude: „Bayreuth genießt nun eine hervorragende Ausgangssituation. Wir sind gut aufgestellt und ich freue mich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den CSU-Mandatsträgern.“ Im gemeinsamen Gespräch benannten Koschyk, Friedrich, Michelbach, Silberhorn und Hohl mit MdL Nadler die Themen Bahnanbindung, Zukunft der Bayreuther Markgrafenkaserne sowie die Grenzregionenförderung als gemeinsame Projekte, die zusammen voran gebracht werden sollen.

Landrates Dr. Klaus-Günter Dietel und des Bürgermeisters Manfred Thümmeler, übergaben beide die Anlage per Knopfdruck ihrer Bestimmung. In die neue kastenlose Anlage hat KSB etwa 2,5 Millionen Euro investiert. Mit ihr können die Gießerei-Mitarbeiter alle gängigen Werkstoffe im Drei-Schicht-Betrieb produzieren. Zudem entspricht die Formanlage den aktuellen Anforderungen des Arbeits- und Umweltschutzes.

Angela Merkel unterstützte Lions-Ostereier-Aktion für Bayreuther Kinderhaus
Bundeskanzlerin als Walküre

Kindern aus zerrütteten Ehen, misshandelten und missbrauchten Kindern sowie Kindern mit verletzten Seelen eine neue Heimat geben. Dies ist die Bestimmung des Bayreuther Kinderhauses. Für dieses großartige Projekt startete der Lions-Club Bayreuth-Thiergarten eine einzigartige Ostereier-Versteigerungsaktion, deren Erlös in den Neubau fließt. Für die Unterstützung dieser Aktion konnte MdB Hartmut Koschyk Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gewinnen. „Ich danke Frau Bundeskanzlerin Merkel sehr herzlich für Ihre Unterstützung“, so Koschyk anlässlich der Signierung eines Straußen-

eies, das vom Bayreuther Künstler Matthias Ose gestaltet wurde. Das Ei zeigt die Bundeskanzlerin hoch zu Ross als Walküre.



Die „Walküre“, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Hartmut Koschyk

Neben Ose stellten weitere namhafte Künstler aus Oberfranken, aber auch aus Berlin, ihre Kreationen zur Verfügung. Künstler-Eier wurden von Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und aus der Politik signiert. Darunter Bundes-

tagspräsident Dr. Norbert Lammert, Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble,

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer. Die Ostereieraktion erbrachte einen Erlös von rund 7000 Euro für die gute Sache und lag damit

„weit über den Erwartungen“, so der Präsident des LC Bayreuth-Thiergarten, Peter-Michael Schabert. Der Einsatz des Lions-Club ist ein hervorragendes Beispiel bürgerschaftlichen Engagements für die Schwachen unserer Gesellschaft.

Frühjahrgutachten der Forschungsinstitute
Aufschwung verstetigt sich

Die sechs Forschungsinstitute haben mit dem vorgelegten „Gutachten zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006“ eine ausführliche und fundierte Analyse der wirtschaftlichen Lage und der weiteren Entwicklung vorgelegt. Die wichtigste Botschaft ist: Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung, der sich im Laufe des Jahres noch verstärkt: Neben anhaltend starken außenwirtschaftlichen Impulsen kommt dabei auch die Binnenkonjunktur voran. Die Inlandsnachfrage zieht an und der Aufschwung strahlt auf den Arbeitsmarkt aus. Für dieses Jahr rechnen die Institute mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real 1,8 %. Die deutsche Wirtschaft belebt

sich spürbar. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte werden durch das Wachstums- und Impulsprogramm der Bundesregierung verstärkt. Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen und der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie die Abschreibungsvergünstigungen werden von den Instituten ausdrücklich gewürdigt. Die von den Instituten erwartete Trendwende bei der Beschäftigung wird die Kaufkraft stärken und zusätzlichen Auftrieb

geben. Auch das Geschäftsklima steigt weiter. Im April verbesserte sich der Wert erneut von 105,4 auf 105,9 Punkte. „Die Geschäftserwartungen in allen Wirtschaftsbereichen blieben nahezu unverändert zuversichtlich. Dies spricht für eine weiterhin robuste Konjunkturentwicklung“, sagte Gebhard Flaig, Mitglied des Vorstands des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Die ifo-Konjunktur steht bereits seit Januar 2006 im Bereich „Boomphase“.



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Herzlich willkommen zur zweiten Ausgabe von „Koschyks politischer Korrespondenz“. Zunächst möchte ich die Gelegenheit nutzen und Ihnen für die vielen Anregungen zur Premiënausgabe sehr herzlich danken. Über Ihre Anregungen und Kritik habe ich mich gefreut und habe versucht, diese in der neuen Ausgabe zu berücksichtigen.

Es liegen arbeitsreiche und teils aufregende Wochen hinter uns. Bayreuth hat mit Dr. Michael Hohl einen neuen Oberbürgermeister. Ich freue mich auf die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihm.

Nach den Landtagswahlen im März hat die Große Koalition mit der zweiten Etappe ihrer Reformpolitik begonnen. Eine Vielzahl von Projekten wurde in Angriff genommen bzw. bereits umgesetzt. Ich nenne hier nur die Entscheidung zum Elterngeld und das wichtige Ziel des Bürokratieabbaus. Die Große Koalition hat in diesen Fragen klar ihre Handlungsfähigkeit und ihren Willen zum Erfolg für das Land unter Beweis gestellt. Insbesondere freut mich natürlich, dass bei den Entscheidungen auch die Handschrift der CSU klar erkennbar ist. So ist die geplante Anhebung der Vorsteuerpauschale ein großer Erfolg für unsere Land- und Forstwirte.

Ich wünsche Ihnen nunmehr eine informative und interessante Lektüre und verbleibe mit den besten Grüßen

Opa Hartmut Koschyk

Initiative zum Bürokratieabbau

Entschlossen Entbürokratisieren – Impuls für Wachstum und Beschäftigung

Unnütze bürokratische Hemmnisse fesseln unternehmerische Initiative, verhindern wirtschaftliche Dynamik und sind somit Gift für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Entlastung von Bürgern, Betrieben und Behörden von einem Übermaß an Vorschriften und der damit einhergehenden Belastung durch bürokratische Pflichten und Kosten ist deshalb ein zentrales Anliegen der Großen Koalition. Bürokratie verursacht Kosten, die gesamtwirtschaftlich erheblich sind. Das Institut für Mittelstandsforschung hat in einer aktuellen Studie für das Bundeswirtschaftsministerium 362 unterschiedliche Melde-, Bescheinigungs- und Statistikpflichten in den Schwerpunktfeldern Sozialversicherung, Steuern, Arbeitsschutz, Umweltschutz und Wirtschaftsstatistik identifiziert. 20 dieser 362 den Unternehmen auferlegten Verpflichtungen hat das Institut präzise untersucht: ihre Erfüllung kostet die Unternehmen 1,8 Mrd. € jährlich. Insgesamt wird die Wirtschaft mit Bürokratiekosten

von rund 45 Mrd. € jährlich belastet. Insbesondere mittelständische Unternehmen sind mit bürokratischen Auflagen überdurchschnittlich belastet. 80% der Bürokratiekosten trägt die mittelständische Wirtschaft. Die Bürokratiebelastung pro Arbeitsplatz ist umso höher, je kleiner die Betriebe sind. Deshalb hat es sich die CSU-Landesgruppe zum Ziel gesetzt, vor allem den Mittelstand von überflüssiger Bürokratie zu entlasten. „Der mittelständischen Wirtschaft wieder mehr Entlastungsmöglichkeiten zu



geben, ist ein entscheidender Beitrag, damit wieder mehr Menschen in unserem Land eine Chance auf Arbeit haben“, betont der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Hartmut Koschyk MdB, und unterstreicht: „Starke mittelständische Strukturen sind das Rückgrat eines gesunden Arbeitsmarktes“. Um die Bundesregierung bei der Entbürokratisierung zu unterstützen, hat die CSU-Landesgruppe konkrete Vorschläge für einen raschen und effizienten Bürokratieabbau gemacht. Kernpunkte dieser Vorlage sind:

1. **Das Steuerrecht vereinfachen und Belastung durch Verfahrensvorschriften senken**
2. **Statistikpflichten zurückführen und ein Kostenbewusstsein für Statistik schaffen**
3. **Für alle Branchen muss gelten: Auflagen und Kontrollen auf das Notwendige beschränken**
4. **Arbeitsschutz ist wichtig – darf aber nicht zum „Schutz vor Arbeit“ entarten**
5. **Leitbild modernen Planungs- und Umweltrechts: Gestalten, nicht Verhindern**
6. **Verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen und effizienten Rechtsschutz sicherstellen**

„Ziel muss es sein“, fasste MdB Koschyk bei der Vorstellung der Initiative zusammen, „für alle Branchen Auflagen und Kontrollen auf das Notwendigste zu beschränken.“ Wohin unnötige Regulierungen führen zeigt folgendes Beispiel: In Deutschland fallen jährlich 8 Mio. Tonnen Altholz an. Schon bei einer Anlieferungsmenge von 100 kg ist ein zweiseitiger Anlieferungsschein nach amtlichem Vordruck fällig. Dieses Beispiel an Bürokratiewildwuchs zieht sich durch alle wirtschaftlichen Bereiche in Deutschland und kann weder im Interesse der Betriebe noch der Behörden sein. Klare Zustimmung für das Positionspapier der CSU-Landesgruppe gab es von Seiten der Handwerkskammer Oberfranken. HWK-Hauptgeschäftsführer Horst Eggers befürwortete ausdrücklich in einem Schreiben an MdB Koschyk die Initiative „Entschlossen Entbürokratisieren“ und ermunterte ihn zugleich, diese weiter voranzutreiben.

Die Vorlage der CSU-Landesgruppe zum Bürokratieabbau können Sie sich unter www.koschyk.de herunterladen.

Gesetzesentwürfe zum Ersten Mittelstandsentlastungsgesetz und für einen Normenkontrollrat

Koalition will Gesetze auf Bürokratiekosten prüfen

Mit einem qualitativ neuen Ansatz wollen die Regierungskoalitionen der Bürokratie auf Bundesebene den Kampf ansagen. Ein unabhängiger Normenkontrollrat soll die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung vor deren Beratung im Bundeskabinett überprüfen. Bürokratiekosten sollen mit Hilfe einer standardisierten Messung zunächst erfasst und dann reduziert werden. In den Niederlanden sind auf diese Weise 16 Milliarden Euro als Bürokratiekosten erkannt worden, dies entspricht 3,6 Prozent des Brut-

inlandsproduktes. Inzwischen ist es unserem Nachbarland gelungen, diesen Wert innerhalb von 2 Jahren um 18 Prozent zu reduzieren. Überträgt man diesen Wert auf Deutschland, könnte ein zweistelliger Milliardenbetrag in der Volkswirtschaft eingespart werden. Dazu muss der Kontrollrat jedoch stark und unabhängig sein. In ihm dürften weder Beamte noch Politiker vertreten sein. Der Normenkontrollrat soll nach dem Gesetzesentwurf aus acht Mitgliedern bestehen, die von der Bundeskanzlerin

für fünf Jahre berufen werden. Sie werden ehrenamtlich tätig sein und sollen „Erfahrungen in legislativen Angelegenheiten“ gesammelt haben und über



Die Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Regierungsfractionen bei der gemeinsamen Pressekonferenz: Olaf Scholz (SPD), Dr. Norbert Röttgen (CDU) und Hartmut Koschyk (CSU)

„Kenntnisse in wirtschaftlichen Angelegenheiten“ verfügen, heißt es in dem Entwurf. Der Rat soll zudem auch ehrenamtliches Engagement erleichtern. MdB Koschyk wies in seiner Plenardebatte zur Einbringung der Gesetzesvorhaben darauf hin, dass die Große Koalition beim Bürokratieabbau eine Doppelstrategie verfolgen werde. „Es kommt der Normenkontrollrat, aber es kommt auch ein Mittelstandsentlastungsgesetz“, so der Abgeordnete im Plenum des Deutschen Bundestages. Mit diesem Gesetz trage die Bundesregierung der besonderen Belastung der mittelständischen Wirtschaft durch Bürokratie und ihrer Bedeutung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen klar Rechnung.

Agrar-Staatssekretär Dr. Gerd Müller besucht Bayreuth

Nicht nur Symbolik: „Ernährung und Landwirtschaft“ wieder an erster Stelle



Hartmut Koschyk und der Parlamentarische Agrar-Staatssekretär Dr. Gerd Müller bei der Betriebsbesichtigung des Milchviehbetriebes von Landwirt Freiburger

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer prangert es immer wieder an, die Landwirte bestätigen es ihm: Die rot-grüne Bundesregierung vollführte eine konsequente Spaltungspolitik zwischen konventionell wirtschaftenden Betrieben und Bio-betrieben. Es fand bisweilen ein konsequentes gegeneinander Ausspielen statt, nicht nur in der Landwirtschaft selbst, sondern auch zwischen Bauern und Verbrauchern. Für die grundsätzliche Beendigung dieser fragwürdigen Mechanismen trat Dr. Gerd Müller, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeslandwirtschaftsminister, bei seinem Besuch in Bayreuth leidenschaftlich ein.

Gemeinsam mit dem Vorstand des Rings Junger Landwirte und dem Kreisvorsitzenden Christian Popp besuchten Hartmut Koschyk und Dr. Gerd Müller den landwirtschaftlichen Betrieb der Familie Freiburger in Bayreuth-Aichig. „Ein typisch oberfränkischer Milchviehbetrieb“ – bei der Betriebsbesichtigung hatten die jungen Landwirte die Gelegenheit,

aktuelle Anliegen der oberfränkischen Landwirtschaft den Politikern näher zu bringen. So benötigen vor allem die Milchviehbetriebe alsbald politische Klarheit, ob die Quotenregelung für Milch auf europäischer Ebene auch nach dem Jahr 2014 beibehalten wird. Der engagierte Vorstand des Rings Junger Landwirte und MdB Koschyk sprachen sich gegenüber Staatssekretär Müller klar und deutlich für die Beibehaltung der Quotenregelung aus. Doch auch hier besteht Verbesserungsbedarf: Das Beispiel Saldierung wurde hier als ein Ansatzpunkt genannt.

Bei der anschließenden Informationsveranstaltung in der Bayreuther Tierzucht-klausur konnte der Kreisvorsitzende Christian Popp eine ganze Reihe weiterer Repräsentanten der Landwirtschaft begrüßen. Als Aufhänger seines Referates stellte Dr. Gerd Müller vorneweg, dass beim Namen seines Ministeriums „Ernährung und Landwirtschaft“ wieder an erster Stelle stünden: „Nicht nur Symbolik, sondern Programm“, so der Vollblutpolitiker aus dem

Oberallgäu.

Müller sprach über die deutschen und damit gerade bayrischen Agrarinteressen auf EU- und WTO-Ebene, die wieder gestärkt werden müssen, über starke Netzwerke mit europäischen Nachbarstaaten wie Frankreich, die Niederlande und Österreich, die geknüpft werden müssen und über den Abbau nationaler Wettbewerbsnachteile im Vergleich zu Teilen der Welt, die deutlich niedrigere ökologische, soziale und hygienische Standards im produzierenden landwirtschaftlichen Gewerbe besitzen.

Abbau von Wettbewerbsnachteilen

- bei Agrardiesel
- in Steuerfragen
- bei den landwirtschaftlichen Sozialversicherungssystemen

Weiter äußerte sich Müller zur Welthandelspolitik. Sowohl Bundeswirtschaftsminister Michael Glos als auch Bundes-

wirtschaftsminister Horst Seehofer – beide CSU – stünden deutlich gegen eine totale Liberalisierung im Lebensmittelbereich. Die beiden Minister sprechen sich gegen gnadenlosen Weltmarktwettbewerb aus und sehen daher einen wirksamen EU-Außenschutz als evident. Neben der Energieeigenversorgung sei auch eine Nahrungsmittel-eigenversorgung unverzichtbar, um auf Marktzusammenbrüche und den Stopp im Warenaustausch, z.B. bei Seuchengefahren, reagieren zu können.

Dr. Müller sprach den engagierten Mitgliedern des Rings Junger Landwirte Mut zu. Er zeigte sich von den gemeinsamen Diskussionen sehr beeindruckt und würdigte den Zukunftsoptimismus der jungen Landwirte. „Die schwierige Lage hält Sie nicht davon ab, mit eigenen Kräften für eine gute Zukunftsentwicklung Ihrer Betriebe einzustehen.“

Ausblickend sprach sich Müller für eine Verschlinkung der bürokratischen Strukturen, meist von EU-Ebene aufkrotyiert, aus. Die deutsche EU-Präsidentschaft im Jahr 2007 muss für einen Richtlinien- und Verordnungsstopp genutzt werden, so Müller. Der Staatssekretär sagte weiter: „Landwirte müssen als einer der wichtigsten Faktoren in der Nahrungsmittelerzeugung endlich wieder gestärkt werden!“ Die Bundesregierung werde deshalb noch in diesem Jahr ein Gesetz auf den Weg bringen, das den Verkauf von Lebensmitteln unter Einstandspreis verbiete. „Für deutsche Nahrungsmittel müssen dieselben fairen Preise wie für Dritte-Welt-Waren gelten.“

„Bauern und Verbraucher dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden!“, so die zentrale Botschaft von Staatssekretär Müller an diesem Abend.

Protest gegen Schließungspläne der Postbank in Pottenstein

Filialpolitik der Post nicht hinnehmbar

Unmittelbar nachdem bekannt wurde, dass die Deutsche Post AG die Schließung des Postbankangebots in der Filiale in Pottenstein bis Ende Juni 2006 plane, wandte sich MdB Koschyk an den zuständigen Regionalbeauftragten der Deutschen Post. Der Abgeordnete forderte, diese Pläne im Sinne der Kunden grundlegend zu überdenken. Das Vorhaben der Post sei ein bedenklicher Schritt gegen Service, Verfügbarkeit und Kundenorientierung der Postversorgung im ländlichen Raum. Koschyk mahnte erneut, dass die Post endlich ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Region vorlegen müsse. „Die derzeitige Filialpolitik der Deutschen Post in Oberfranken ist

in der Art und Weise, in der sie vollzogen wird, nicht hinnehmbar“, so Koschyk. Er appellierte eindringlich an die Post, ihre Planungen für die Postserviceversorgung nicht länger an kurzfristigen Rationalisierungseffekten auszurichten, sondern eine nachhaltige Strategie für den ländlichen Raum zu verfolgen, die sich an mehr Kundenzufriedenheit orientiere. Mit seinem derzeitigen Vorgehen setze das Unternehmen das Vertrauen seiner Kunden aufs Spiel. Auch mit der Postbank-Betreiberin in Pottenstein, Frau Sandner, führte Koschyk ein persönliches Gespräch, um sich über die aktuelle Geschäftsentwicklung zu informieren.

Obertrubach erhält DSL-Anschluss

Breitbandverbindung ins Internet kommt im September

Nach Mitteilung der Deutschen Telekom AG wird die Gemeinde Obertrubach im September 2006 an das T-DSL-Netz angeschlossen. Ab dann können Bürgerinnen und Bürger sowie ansässige Unternehmen den Breitbandanschluss für das Internet nutzen.

„Das ist insbesondere eine sehr gute Nachricht für die örtliche Wirtschaft“, zeigte sich MdB Koschyk erfreut, „diese ist in Zeiten moderner Kommunikation im Geschäftsbetrieb auf einen leistungsfähigen Internetanschluss dringend angewiesen.“ Koschyk hatte gemeinsam mit dem 1. Bürgermeister der Gemeinde Obertrubach, Willi Müller, mehrfach gegenüber der Deutschen Telekom eine

rasche DSL-Anbindung Obertrubachs gefordert.

Die Deutsche Telekom wies darauf hin, dass in jedem Einzelfall die T-DSL-Fähigkeit auch von technischen Reichweitenbedingungen abhängt. Deshalb sei eine Aussage, wer im Einzelfall T-DSL bekommen könne, erst nach einer technischen Detailprüfung möglich.

„Der Anschluss muss deshalb so gestaltet werden, dass möglichst viele Bürger und Unternehmen von den Möglichkeiten der Internet-Breitbandverbindungen profitieren“, betonte Koschyk.

Besuch bei MdB Koschyk

Politisch Interessierte auf Erkundungsfahrt in Berlin



Auf Einladung des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk MdB, konnte eine fünfzigköpfige Gruppe politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Bayreuth/Forchheim die Bundeshauptstadt Berlin besuchen. Das dreitägige Programm umfasste unter anderem Besuche im Bundesrat und in der Bayerischen Landesvertretung, eine ausführliche Stadtrundfahrt, eine Bootsfahrt auf der Spree sowie Informationsbesuche in weiteren politischen Institutionen. Einer der Höhepunkte des Programms war ohne Zweifel der Besuch des Reichstagsgebäudes mit

Besichtigung der imposanten Kuppel. MdB Hartmut Koschyk stand den Gästen aus seinem Wahlkreis selbstverständlich für einen intensiven Meinungsaustausch zur Verfügung. Die Besucher interessierten sich im Besonderen für die parlamentarischen Abläufe und die Aufgaben eines Parlamentarischen Geschäftsführers. Neben diesen grundsätzlichen Fragen wurde die aktuelle politische Lage erörtert. Ziele und Perspektiven der Großen Koalition insbesondere für mehr Wachstum und Beschäftigung standen dabei im Mittelpunkt.

Bundesminister Jung gibt grünes Licht für zivil-militärische Nutzung
Sichtbare Zeichen für die Zukunft der Markgrafenkaserne

„Koschyks politische Korrespondenz“ (KpK) berichtete bereits in ihrer ersten Ausgabe über die gemeinsamen Anstrengungen aller politischen Ebenen für den Erhalt des Bundeswehrstandortes Bayreuth und die sinnvolle Nutzung der Markgrafenkaserne. MdB Hartmut Koschyk wandte sich zusammen mit Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber mit einem Appell an den Bundesverteidigungsminister, Dr. Franz-Josef Jung, um mit Nachdruck für das vorgeschlagene „Drei-Säulen-Konzept“ zu werben. Dieses Konzept beschreibt eine gesamtheitliche Nutzung aus Bundeswehreinrichtung in Ausprägung zivil-militärischer Zusammenarbeit (ZMZ), Erweiterung der benachbarten Bundespolizei sowie privatwirtschaftlicher Nutzung, etwa durch die Etablierung eines Logistikparks durch die Logistikgruppe Wedlich.

Jetzt erhielt Koschyk die erfreuliche Antwort des Verteidigungsministers: Die Perspektive für den Verbleib der Bundeswehr in Bayreuth im Rahmen der ZMZ soll nun in naher Zukunft die Durchsetzung eines modellerprobten Konzeptes sein, das vorsieht, auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene ständige Ansprechpartner für alle Fragen der Unter-

stützung durch die Bundeswehr bereits im Vorfeld von Not- und Katastrophenfällen sowie bei besonders schweren Unglücksfällen zur Verfügung zu stellen. Kompetente Reservisten sollen dabei als „Beauftragte der Bundeswehr für zivil-militärische



Mitte Januar forderte Hartmut Koschyk in der Abendschau des Bayerischen Rundfunk erneut, durch eine Bundeswehreinrichtung auf dem Gelände der Markgrafenkaserne auch künftig die zivil-militärische Zusammenarbeit zu gewährleisten

Zusammenarbeit“ in Kooperation mit einem regionalen Planungs- und Unterstützungstrupp aus aktiven Soldaten u.a. die Schnittstelle zu Katastrophenschutzbehörden bilden.

Verteidigungsminister Jung billigte nun das Konzept und wies an, die Einrichtung der neuen Strukturen vorzubereiten. In Kürze soll auch der Beauftragte der Reservisten der Bundeswehr benannt werden und ein nichtaktives Bezirksverbindungskommando eingerichtet werden.

Eines steht für MdB Koschyk

fest: „Eine totale Revision der negativen Entscheidungen der rot-grünen Vorgängerregierung scheint unmöglich. Jetzt müssen wir alle zusammen die Zukunft der Markgrafenkaserne mit einem Gesamtnutzungskonzept sichern.“ Mit im

Boot sitzt auch Bayreuths neuer Oberbürgermeister, Dr. Michael Hohl, der von Anfang an Schulter an Schulter mit Koschyk für den Erhalt der Bundeswehr in Bayreuth gekämpft hat.

Kurz nach Bekannt werden der Neuigkeiten aus dem Bundesverteidigungsministerium konnte auch der Abteilungsführer der Bundespolizeiabteilung Bayreuth, Carl-Ulrich Stoltz, Positives vermelden. Die Bundespolizei hat bereits mit der Nutzung von Liegenschaften

auf dem Kasernengelände begonnen. Auch die Arbeiten an den Gebäuden seien bereits gut vorangeschritten. Als „besonders erfreulich“ bezeichnete Stoltz den Beginn der Bauarbeiten zum Anschluss der betreffenden Gebäude an die für den Betrieb der Informationstechnik notwendigen Anlagen.

Erst jetzt werde deutlich: Die erweiterten Möglichkeiten versetzen die Bundespolizei in die Lage, weitere Kräfte in den Bereichen der Beweissicherungs- und Festnahmen Hundertschaft auszubilden und so noch besser für die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft gerüstet zu sein. Während der Fußball-WM werden zusätzliche Einsatzkräfte der Fliegerstaffel des Bundespolizeipräsidiums Süd die neu geschaffenen Gebäude und Möglichkeiten nutzen.

„Mit den jetzt stattfindenden konkreten Schritten durch die Bundespolizei und die neuen Sicherheiten für den Bundeswehrstandort, nehmen die ersten beiden Säulen des Drei-Säulenkonzepts für die Zukunft der Markgrafenkaserne Gestalt an,“ zeigte sich Koschyk erfreut gegenüber der Presse.

Appell an den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit
„Mangelnde Erreichbarkeit regionaler Arbeitsagenturen muss ein Ende haben!“

„Die Lösung der Probleme bei der Erreichbarkeit der regionalen Agenturen für Arbeit muss jetzt Chefsache werden!“, so die klaren Worte des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe, Hartmut Koschyk, in seinem Appell an den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise.

Eine große Anzahl von Beschwerden betroffener Bürger veranlasste Koschyk bereits vor

einiger Zeit gegenüber der Agentur für Arbeit aktiv zu werden. Doch die Probleme wollen nicht aufhören. „Neuerliche Berichte über die mangelnde Erreichbarkeit zuständiger Vermittler zeigen deutlich, dass hier nichts geschieht!“, so der Bundespolitiker. Diese Probleme müssen nun endlich ausgeräumt werden. Es muss schnellstmöglich eine Lösung im Sinne der Kundenzufriedenheit und der bestmöglichen Vermittlung

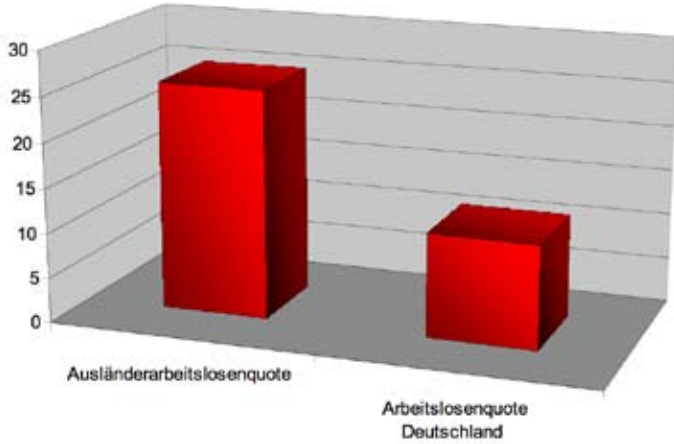
von Arbeitslosen herbeigeführt werden. Dabei weiß jeder, der sich ein bisschen in der Materie auskennt, dass die rasche Kontaktaufnahme zwischen potenziellem Arbeitgeber und Arbeitssuchenden ein entscheidender Faktor für die erfolgreiche und zeitnahe Vermittlung von Arbeitslosen ist. Eine reibungslose Kommunikation ist unabdingbar. Der größte Schaden tritt dann ein, wenn aufgrund einer mangelnden Erreichbar-

keit regionaler Arbeitsagenturen möglicherweise die Vermittlung von Arbeitslosen in ein Beschäftigungsverhältnis scheitert. Deshalb fordert Koschyk vom Chef der Bundesagentur, Call-Center-Systeme und interne Strukturen zu überprüfen und persönlich für die Beseitigung möglicher Schwachstellen in den so genannten „Service Centern“ im Sinne der Kunden und der Steuerzahler zu sorgen.

Klausurtagung des Fraktionsvorstandes verabschiedet Positionspapier

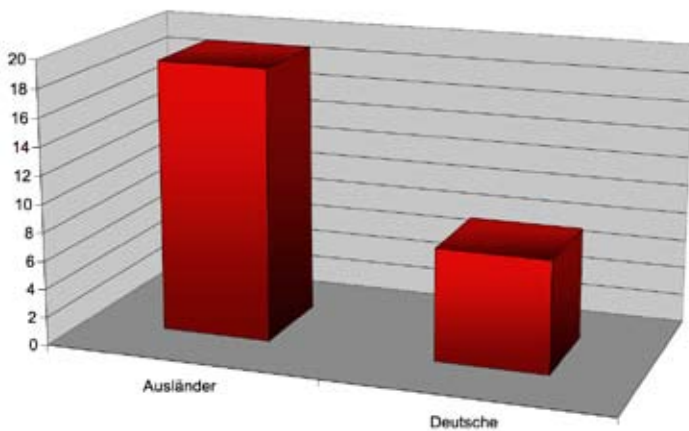
CDU und CSU für einen Nationalen Aktionsplan Integration

Mangelnde Integration = Keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt



In Deutschland sind derzeit (Apr.06) 679.604 Ausländer arbeitslos. Das entspricht einer Quote von 25,4%! (Deutschland insgesamt 11,5%)

Mangelnde Integration = Kaum Bildungschancen



Jeder fünfte ausländische Schüler (19,2%) verlässt die Schule ohne Abschluss. Bei Deutschen beträgt dieser Anteil lediglich 7,9 %.

Nicht erst seit den alarmierenden Entwicklungen in der Berliner Rütli-Schule ist klar, dass es große Probleme mit mangelnder Integration von hier lebenden Ausländern gibt. In Stadtvierteln bilden sich Parallelgesellschaften, die keinen Kontakt zu Deutschen wollen, schlimmer noch: Die auch keinen Kontakt zu Deutschen brauchen. Sie leben in diesen Gesellschaften weit gehend autonom, häufig geprägt vom Recht der Scharia, gibt es dort alles: Zwangsehen, arrangierte Ehen, häusliche Sklaverei, vereinzelt sogar Ehrenmorde. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Integrationsgipfel mit Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch von Tarifpartnern, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden angeregt. Der Fraktionsvorstand hat dazu auf seiner Klausurtagung ein entsprechendes Positionspapier

beschlossen. Auf dem Integrationsgipfel soll ein „Nationaler Aktionsplan Integration“ verabschiedet werden, der konkrete Ziele mit konkreten Fristen vereinbaren soll. Ein Bündel von Maßnahmen aus der Sozial- und Bildungspolitik, aber auch ausländerrechtliche Vorschriften sollen untersucht und angeboten werden. Integrationspolitik ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Dabei muss ganz klar der Grundsatz „fördern und fordern“ gelten. Integration ist eine Pflicht für alle, die in Deutschland auf Dauer leben wollen. Die Unionsfraktion will daher „Integrationsverweigerer“ konsequent sanktionieren. So muss die Nichtteilnahme an Integrationskursen Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus oder Sozialleistungen haben. Gleichzeitig soll das Angebot für Integrationswillige ausgedehnt werden. Eine Investition für die Zukunft.

Notwendige Schritte für Integration

- Integrationsverweigerung muss konsequent sanktioniert werden.
- Integration als Verpflichtung für Zuwanderer muss als Ziel im Aufenthaltsgesetz ausdrücklich festgeschrieben werden.
- Der Zuzug von Integrationsunwilligen muss so früh wie möglich gestoppt werden, d.h. bereits vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis.
- Struktur und Inhalte der Integrationskurse müssen verbessert werden.
- Verbesserung der Bildungschancen, insbesondere durch konsequente Vermittlung der deutschen Sprache
- Leichtere und schnellere Ausweisung ausländischer Straftäter.
- Bekämpfung von Zwangsheiraten, z.B. durch Heraufsetzen des Ehegattennachzugsalters
- Verpflichtende Prüfung von Grundkenntnissen über deutsche Geschichte, Kultur und Rechtsordnung als weitere Einbürgerungsvoraussetzung

„Know-how-Transfer“ soll intensiven Austausch zwischen Politik und Wirtschaft fördern

Wirtschaftsjunior des Bauunternehmens Markgraf schnuppert in die Politik



CSU-Landesgruppenvorsitzender Dr. Peter Ramsauer MdB, Wirtschaftsjunior Adrian Wildenauer, Parlamentarischer Geschäftsführer Hartmut Koschyk MdB und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos MdB

Beim „Know-how-Transfer“ handelt es sich um ein Projekt zum Austausch zwischen Politik und Wirtschaft, bei dem junge Kräfte aus unterschiedlichsten Unternehmen Abgeordnete des Bundestages eine Woche lang begleiten können. So gewinnen sie Einblicke in die politische Arbeit der Volksvertreter. Im Gegenzug können sich die Abgeordneten aus erster Hand

über die Meinungen und Anliegen der jungen Wirtschaftskräfte informieren. Hartmut Koschyk wurde von Adrian Wildenauer, einem Technischen Einkäufer von der Bayreuther Markgraf GmbH begleitet. Der Marktreizwitzer zeigte sich sehr zufrieden: „Das war für mich eine einmalige Gelegenheit, den politischen Entscheidungsträgern über die Schulter zu schauen!“

Meinungsaustausch zu bahnpolitischen Themen im Bundestag

Konkrete Schritte für Franken-Sachsen-Magistrale gefordert

Der ehemalige Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Dr. Otto Wiesheu, erörterte als jetziges Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn AG mit Abgeordneten der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag aktuelle Fragen der Bahnpolitik sowie die Perspektiven der Deutschen Bahn insgesamt. Dies nahm MdB Hartmut Koschyk zum Anlass, Dr. Wiesheu die Probleme der Bahnbindung in Oberfranken umfassend

darzulegen und konkrete Schritte für deren Lösung einzufordern. Insbesondere kritisierte Koschyk gegenüber Wiesheu das noch immer unzureichende Fahrplanangebot auf der Franken-Sachsen-Magistrale. Die Deutsche Bahn AG müsse hier endlich ein tragfähiges Konzept mit einer akzeptablen Fernverkehrsanbindung vorlegen. Auch das jüngst vorgestellte Vorhaben der Bahn, mit dem Fahrplanwechsel Mitte Dezember 2006 die derzeit noch auf der Strecke

verkehrenden vier InterCity-Zugpaare durch Züge des Nahverkehrs der Baureihe VT 612 im Zwei-Stunden-Takt zu ersetzen, könne keine endgültige Lösung sein. Mehrere Bürger hatten in Gesprächen gegenüber dem Abgeordneten berichtet, dass die Züge der Baureihe VT 612 weitaus unbequemer als die Großraum-IC-Waggons seien. Dies liege vor allem in den schlechteren Gepäckablagemöglichkeiten, den engeren Sitzgelegenheiten und den erheblichen Motorengeräuschen der für den Nahverkehr konzipierten Züge. „Ein angemessenes Fernverkehrsangebot auf der Franken-Sachsen-Magistrale wird somit durch dieses Vorhaben der Deutschen Bahn AG nicht gewährleistet“, so Koschyk und fügt hinzu: „Ziel muss deshalb die durchgehende Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale bleiben!“ Insbesondere muss die Deutsche Bahn AG ihren Beitrag zu einer schnellstmöglichen Elektrifizierung leisten.

Die Verbesserung der Bahnbindung in Oberfranken darf jedoch nicht bis zur endgültigen Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale warten. Hierbei ist auch der Einsatz der Diesel-ICE-Züge erneut grundlegend zu prüfen. Dem Vernehmen nach sind die früheren technischen Mängel dieser Züge längst behoben und die Bahn plant den Einsatz dieser Baureihe im Zuge der Fußballweltmeisterschaft als Verstärkungs- und Entlastungszüge.

Medienberichten ist zu entnehmen, dass die Deutsche Bahn AG derzeit im Jahr etwa 500.000 Euro aufwenden müsse, um die stillgelegten ICE TD betriebsbereit zu halten. „Unsummen für die Verwahrung betriebsbereiter Züge, die auf der Franken-Sachsen-Magistrale sinnvoll eingesetzt werden könnten, auszugeben, ist eine eklatante Geldverschwendung“, so Koschyk.



Meinungsaustausch über bahnpolitische Themen (v.l.): Hartmut Koschyk MdB, Dr. Peter Ramsauer MdB, der Vorstand der Deutschen Bahn AG für Wirtschaft und Politik Dr. Otto Wiesheu sowie der Bevollmächtigte der DB AG für den Freistaat Bayern, Klaus Dieter Josel.

Vorsteuerpauschale wird angehoben

Landwirte können aufatmen!

Für die Große Koalition war der 1. Mai im wahrsten Sinne des Wortes ein „Tag der Arbeit“. Bis in die Nacht verhandelten die Koalitionäre wichtige Politikvorhaben. Bei dem Treffen im Kanzleramt konnte die CSU-Landesgruppe eine wichtige Position für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe durchsetzen. Die Vorsteuerpauschale wird für den landwirtschaftlichen Bereich von 9 %

auf 10,7 % und für den forstwirtschaftlichen Bereich von 5 % auf 5,5 % angehoben. Im Haushaltsbegleitgesetz 2007 war ursprünglich eine Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft nicht vorgesehen. Durch den starken Einsatz der CSU-Landesgruppe konnte nun aber erreicht werden, dass trotz der Anhebung der Mehrwertsteuer das erfolgreiche Instrument der Vorsteuerpauschale für die Land- und Forst-

wirte erhalten bleibt. Rund 90 % aller landwirtschaftlichen Betriebe nehmen die Vorsteuerpauschale in Anspruch. Durch die Erhöhung der Vorsteuer aus dem Bezug von Waren und Dienstleistungen, hätten sich für die betroffenen Betriebe zusätzliche Belastungen ergeben, falls nicht ein Ausgleich über die Erhöhung der Durchschnittsätze erfolgt wäre. „Die

Pauschalierungsregel ist ein sehr erfolgreiches Beispiel für Deregulierung und Entbürokratisierung und hilft sowohl den Land- und Forstwirten als auch der Steuerverwaltung, Zeit und Kosten zu sparen“, zeigte sich MdB Koschyk erfreut. Koschyk ist selbst Mitglied des Koalitionsausschusses, in den Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ihn zu Beginn der Legislaturperiode berufen hatte. Jeder Land- und Forstwirt spart durch die Anhebung im Schnitt 600 bis 1000 Euro je Betrieb und Jahr (Buchführungs- und Steuerberatungskosten). Eine Belastung des Bundeshaushaltes ist mit dieser Entscheidung nicht verbunden, da die Vorsteuerpauschale keine Subvention ist, sondern eine aufkommensneutrale Vereinfachungsregelung für den landwirtschaftlichen Mittelstand.



Der Koalitionsausschuss berät im Kanzleramt (v.l.): Kanzleramtschef Dr. Thomas de Maiziére, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Hartmut Koschyk MdB, CSU-Landesgruppenvorsitzender Dr. Peter Ramsauer MdB, CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Ortstermin in Bayreuth

Oberfränkische CSU-MdBs im Gespräch mit Oberfrankens Wirtschaft

(Fortsetzung von Seite 1...)

„Wir wissen um die Bedeutung des Handwerks“

So lautete die einhellige Auffassung der Abgeordneten im Gespräch mit der Geschäftsführung der Handwerkskammer Oberfranken. „Die Anstrengungen für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen für jeden ausbildungswilligen Jugendlichen ist die gemeinsame Hauptaufgabe der Politik und des Handwerks“, so Koschyk in der angeschlossenen Pressekonferenz. Hauptgeschäftsführer Horst Eggers bezeichnete die Auswirkungen der Novellierung der Handwerksordnung als größte Sorge des Handwerks. Umso erfreuter reagierte Eggers auf die Pläne der Großen Koalition zur Überarbeitung der Handwerksordnung (HwO) hinsichtlich der Einrichtung der Gesellenprüfung als Mindestqualifikation für die Führung eines Betriebes.

„Quantensprung“ bei der Entbürokratisierung

Im offenen Meinungsaustausch mit den Vertretern der IHK Oberfranken besprachen sich die Abgeordneten und Kammerpräsident Wagner über weitreichende Pläne der Bundesregierung im Bereich der Entbürokratisierung, in Sachen gesamtdeutsches Energiekonzept sowie ausführlich über die Unternehmenssteuerreformpläne. Besondere Beachtung fand das auf den Weg gebrachte Mittelstandsentlastungsgesetz, das deutliche Erleichterungen für klein- und mittelständische Unternehmen bei Statistikbürden und verkomplizierten bürokratischen Vorgängen mit sich bringt. Hauptgeschäftsführer Unger bezeichnete die beschlossene Einrichtung eines Bürokratiemessverfahrens durch einen öffentlich agierenden Normenkontrollrat als „Quantensprung“ bei der Entbürokratisierung.

Gute Anlagen im Koalitionsvertrag

Im abschließenden Gespräch mit der Geschäftsführung des Bezirkseinzelhandelsverbandes und seiner Vorsitzenden Dagmar Zimmermann konnten konkrete Anliegen und Probleme des oberfränkischen Einzelhandels erörtert werden. Hartmut Koschyk versprach, die Sorgen ernst zu nehmen und deren Lösung im Rahmen der Umsetzung des Koalitionsvertrages weiter im Auge zu behalten. So konnte Koschyk auch im Ergebnis festhalten, dass es für die Interessen des Einzelhandels „gute Anlagen im Koalitionsvertrag“ gibt. Die oberfränkischen Abgeordneten zeigten sich von den Ergebnissen des gemeinsamen Tages sehr zufrieden. Koschyk, Friedrich, Michelbach und Silberhorn kündigten an, im engen Schulterschluss auch weiter im Sinne Oberfrankens und seiner Wirtschaft einzustehen.



Die vier Bundestagsabgeordneten zusammen mit den HWK-Vertretern bei der gemeinsamen Pressekonferenz



Gruppenbild im Präsidialzimmer der Industrie- und Handelskammer Oberfranken



Hartmut Koschyk und Thomas Silberhorn (2.v.r.) mit der Führung des Oberfränkischen Einzelhandelsverbandes

Gespräche auf höchster politischer Ebene und Treffen an Bayreuther Partneruniversität

Koschyk besucht China und Korea

In seiner Funktion als Präsident der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft und Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages besuchte Hartmut Koschyk die Volksrepublik China sowie die Republik Korea (Süd). Neben politischen Gesprächen in Peking besuchte der Bayreuther Bundestagsabgeordnete gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Rainer Eppelmann, die Wirtschaftsmetropole Qingdao in der bayerischen Partnerprovinz Shandong. Hier traf Koschyk unter anderem mit dem Dekan der deutschen Fakultät der Universität von Qingdao, Herrn Prof. Dr. Liu Dezhang, und Studierenden des Studienganges Interkulturelle Germani-



Vor einer bronzenen Statue des chinesischen Philosophen Kong Qiu, besser bekannt als Konfuzius: Hartmut Koschyk zusammen mit Studenten des Studienganges Interkulturelle Germanistik der Universität Qingdao, die erst vor kurzem einen Studienaufenthalt an der Universität Bayreuth absolviert haben.

stik zusammen. Die Universität Bayreuth unterhält seit Langem eine intensive Zusammenarbeit mit der Universität Qingdao. So wurde bereits im Jahr 1994 der gemeinsame Bache-

lorstudiengang Germanistik eingerichtet. Jährlich kommen im Rahmen dieses Studienganges sechs chinesische Studierende, gefördert durch das Bayerische Wissenschaftsministerium,

nach Bayreuth. Die Universität Bayreuth entsendet im Gegenzug jährlich drei Studierende nach Qingdao. Im September 2004 wurde der Masterstudiengang Interkulturelle Germanistik in Qingdao gestartet. Hierbei sind Dozenten der Universität Bayreuth an der Organisation und inhaltlichen Ausgestaltung des Studienangebots maßgeblich beteiligt. Neben dieser engen Zusammenarbeit findet zusätzlich ein regelmäßiger Dozentenaustausch auch in Fächern wie Wirtschaftswissenschaften, Biologie, Chemie oder Physik statt. Zuvor hatte sich MdB Koschyk mit dem koreanischen Außenminister, Ban Ki-Moon, sowie dem ehemaligen Präsidenten der Republik Korea, Kim Dae-jung, in Seoul getroffen. Im Zentrum der Gespräche stand dabei die Perspektive der innerkoreanischen Beziehungen.

Telekom-Hauptversammlung

Koschyk, Hohl und Nadler protestieren gegen Standort-Kahlschlag in Oberfranken

Anlässlich der Aktionärs-Hauptversammlung der Deutschen Telekom AG am 03. Mai haben sich der Bayreuther Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl, der Bayreuther Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk sowie der Bayreuther Landtagsabgeordnete Walter Nadler mit deutlichen Worten an die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Telekom gewandt und eine Abkehr von den Call-Center-Schließungsplänen für Oberfranken gefordert.

„Angesichts der dramatischen Auswirkungen des geplanten Standortkahlschlages für die betroffenen Beschäftigten in Oberfranken muss dieses Problem im Zuge der Hauptversammlung der Telekom thematisiert werden“, begründeten die drei Mandatsträger ihren erneuten Vorstoß. In der Hauptversammlung müssen die Verantwortlichen für die gesamte Unternehmenspolitik Rechenschaft ablegen, deshalb sei es richtig, hier den Finger erneut

in die Wunde zu legen. Hohl, Koschyk und Nadler protestierten in persönlichen Schreiben an alle Mitglieder sowohl des Telekom-Vorstandes als

orte Bayreuth, Bamberg und Hof. „Die Telekom muss diese falsche Entscheidung unverzüglich korrigieren“, sind sich die Politiker einig.



Die Kahlschlagpolitik der Deutschen Telekom in Oberfranken kann nicht hingenommen werden!

auch des Aufsichtsrates gegen die einseitige Standortpolitik zu Lasten Oberfrankens und warben zugleich für den Erhalt zumindest eines der oberfränkischen Call-Center-Stand-

Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite bedeute die erzielte Entscheidung der so genannten Einigungsstelle mit dem Festhalten an den

Schließungsplänen für alle drei oberfränkischen Call-Center-Standorte Bayreuth, Bamberg und Hof einen schweren Schlag für Oberfranken. Hohl, Koschyk und Nadler betonen in ihren Schreiben, dass die Deutsche Telekom auch ihrer sozialen und strukturpolitischen Verantwortung gerecht werden müsse. MdL Nadler verwies hierbei auch auf einen Beschluss des Bayerischen Landtages auf Antrag der CSU-Landtagsfraktion. Hierin wird mit Nachdruck gefordert, dass Call-Center gerade auch im ländlichen Raum erhalten bleiben.

„Wir machen uns angesichts der bisherigen falschen Entscheidungen der Telekom keine Illusionen, jedoch werden wir diesen Schlag gegen unsere Region nicht stillschweigend hinnehmen und bis zum Schluss für den Erhalt zumindest eines oberfränkischen Standortes werben“, zeigten sich die CSU-Politiker entschlossen.

Entscheidung zum Elterngeld

Klare Entscheidung für mehr Familienfreundlichkeit

Der im Koalitionsausschuss gefundene Kompromiss zum Elterngeld ist eine klare Entscheidung für mehr Familienfreundlichkeit. Nach der Entscheidung zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten setzt die Große Koalition damit ihre Politik für die Familie konsequent fort. Weitere Schritte werden folgen müssen.

Mit der Einführung eines Elterngeldes für alle Familien ist das von der Union geforderte Prinzip der Wahlfreiheit durchgesetzt und eine staatliche Gängelung in ein bestimmtes Familienmodell verhindert worden. Erstmals bekommt jede Familie im ersten Lebensjahr ihres Kindes mindestens 300,- Euro monatlich,

wenn der pausierende Elternteil nicht mehr als 30 Stunden pro Woche arbeitet.

Es ist weiter ein Verdienst der Union, dass nun das Elterngeld - anders als ursprünglich geplant - zwei Monate länger ausgezahlt wird. Damit ist die Betreuung durch die Eltern im ersten Lebensjahr des Kindes ermöglicht - eine wichtige Entscheidung auch für das Wohl des Kindes. Die Fundamente einer gesunden Entwicklung, die in den ersten Lebensjahren gelegt werden, hängen wesentlich von stabilen Beziehungen ab.

Steuerliche Verbesserungen und Familiengeld allein werden nicht genügen, damit sich mehr junge Ehepaare für Kinder ent-

scheiden. Dazu braucht es eine gute Kinderbetreuung und eine familienfreundliche Arbeitswelt. Hinzu kommt beispielsweise ein reges Vereinsleben, das Freizeitangebote für Familien und Kinder schafft. Dies alles kann der Staat nicht leisten, sondern nur die familienfreundliche Gesellschaft.

Eckpunkte des Elterngeldes

- Ab Januar 2007 wird einem Elternteil zwölf Monate lang Elterngeld gezahlt (67 Prozent des Gehalts, maximal 1.800 Euro).
- Zusätzlich gibt es zwei „Partner-Monate“ als Bonus.
- Elterngeld wird nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet.
- Sockelbetrag von 300 Euro wird einkommensunabhängig bezahlt.



GA-Förderung

Klare Worte für die Förderung Oberfrankens

Die nicht in die C-Kulisse der Förderung zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) aufgenommenen Landkreise müssen bei der Verteilung der EU-Fördermittel stärker berücksichtigt werden. Dies war der eindringliche Appell, den Hartmut Koschyk gemeinsam mit den oberfränkischen Bundes- und Landtagsabgeordneten Karl Theodor zu Guttenberg, Hans Michelbach, Walter Nadler, Henry Schramm und Christian Meißner sowie den Landräten Dr. Klaus-Günter Dietel und Reinhard Leutner an Ministerpräsident Stoiber und Staatsminister Huber gerichtet hatte. Ministerpräsident Stoiber teilte nun in einem Schreiben gegenüber MdB Koschyk mit: „Die Staatsregierung unterstützt dieses Anliegen.“ Mit den Entscheidungen über die Eckpunkte für die künftige Regionalförderung aus dem EFRE-Programm 2007 habe die Staatsregierung ein „klares Bekenntnis zu einer herausgehobenen Förderstellung Oberfrankens abgegeben.“ Staatsminister Huber legte in seiner Antwort dar, dass nach Entscheidung des Bayerischen Ministerrates beim Einsatz der EFRE-Fördermittel ein deutlicher Schwerpunkt zugunsten des ländlichen Raums und der ostbayerischen Grenzregionen gesetzt werde. Huber setzte sich dafür ein, dass neben der Sonderzuweisung in Höhe von 75 Millionen Euro, mindestens die Hälfte der Mittel für Projekte in Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern zur Verfügung stehen. Zwar werde es auch in der kommenden Förderperiode eine Quotierung der Mittel auf die einzelnen Regierungsbezirke bzw. Landkreise nicht geben, jedoch versicherte der Staatsminister gegenüber

Koschyk, „dass die Landkreise Bayreuth, Coburg und Lichtenfels angemessen berücksichtigt werden.“ Ihre Förderung könne über das EFRE-Programm erfolgen. Auch die Forderung der Mandatsträger nach Fortführung der klassischen Investitionsförderung bei kleinen und mittleren Unternehmen, teilt Staatsminister Huber. So habe er bereits gegenüber der zuständigen EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner, auf die Notwendigkeit der Fortführung dieses Instruments hingewiesen. Die Kommissarin habe zu erkennen gegeben, dass sie die klassische Investitionsförderung auch weiterhin für möglich halte. Allerdings werde auch bei der direkten Unternehmensförderung das Thema „Innovation“ ein wichtiger Faktor sein. Eine direkte Unternehmensförderung im Rahmen des EFRE-Programms werde sich daher im Wesentlichen auf die Einführung neuer oder verbesserter Produkte, neuer Prozessabläufe sowie neuer Technologien in kleinen und mittleren Unternehmen konzentrieren müssen. Die EFRE-Mittel stünden dabei wie bisher auch für kleine und mittlere Unternehmen außerhalb der GA-Gebiete zur Verfügung. „Ich begrüße dieses positive Signal seitens der Staatsregierung für die Regionen Oberfrankens, die nicht in die C-Kulisse der GA-Förderung aufgenommen wurden“, so MdB Koschyk. Die in der D-Kulisse befindlichen Landkreise Bayreuth, Lichtenfels und Teile des Landkreises Coburg müssten nun eine klare Förderpräferenz im Hinblick auf die EU-Grenzförderung genießen.



CSU-Mandatsträger versus Debattierclub Bayreuth

Rededuell zur Integrationspolitik

Erstmalig gelang es dem Debattierclub der Uni Bayreuth, ein solch brisantes Rededuell mit gleich drei angesehenen Vertre-

tern einer großen Partei durchzuführen. Im Audimax der Uni Bayreuth versammelten sich die „Duellanten“ zum Thema „Brauchen wir eine strengere Integrationspolitik?“ Trotz einiger Gegenwehr gelang es den Lokalmatadoren, ihren Standpunkt adäquat zu kommunizieren und für die Einrichtung eines „nationalen Integrationsgipfels“ zu plädieren. Nachfolgend sehen Sie einige Eindrücke dieses Abends einer etwas anderen politischen Auseinandersetzung:



Hartmut Koschyk war der erste Sprecher der „Regierung“ - der Partei, die in diesem Rollenspiel die Pro-Seite auf die Frage „Brauchen wir eine strengere Integrationspolitik?“ vertreten sollte.



Die jeweils drei Duellanten schenken sich nichts. Ein Schiedsgericht achtete minutiös auf die Einhaltung von Regeln und Redezeiten.



Aufgabe war es nicht nur, die Zuhörer vom eigenen Standpunkt zu überzeugen, sondern auch, den Debattengegner aus seinem Konzept zu bringen.



Rückkehr an die Alma Mater: Der neue Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl befand sich in vertrauter Atmosphäre - er ist selbst Absolvent der Uni Bayreuth. Bei der Debatte agierte er als engagierter Schlussredner.



Abstimmungen bei den rund 100 Zuschauern, vor und nach der Debatte, sollten ermitteln, wer seinen Job in der Praxis besser gemacht hat. Über den eigentlichen Sieg des Duells entschied eine Jurorin. Hartmut Koschyk wurde als bester Redner auf Seiten der „Regierung“ ermittelt.



Um an den Debattierclub und die Regeln einer Debatte zurückzuerinnern, erhielten die drei Politiker je ein echtes Jury(fleisch)hämmerchen.



Die Profis Hohl, Nadler und Koschyk zeigten sich ihrerseits sehr beeindruckt von den Fähigkeiten der Studenten und ihrem Mut, in der heutigen Zeit einem Club zur Förderung des wertvollen Gutes Sprache anzugehören. Um den Alltag eines „Berufsredners“ kennen lernen zu können, lud Walter Nadler die Mannschaft des Debattierclubs in den Bayerischen Landtag und zum anschließenden Oktoberfestbesuch ein.

Neuer Leiter des Wahlkreisbüros in Bayreuth

Koschyk beruft Junk



Der Mann, der Koschyk in Bayreuth künftig den Rücken stärkt: Rechtsanwalt Dr. Oliver Junk

Mit der Berufung zum parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag war es für Hartmut Koschyk klar, dass sein Wahlkreisbüro in der Wölfelstraße in Bayreuth dringend auf-

gewertet werden muss, um auch weiterhin die von ihm gewohnte Betreuung des Bundeswahlkreises optimal gestalten zu können. Man kennt Hartmut Koschyk vielerorts als Politiker, der bei den Menschen ist, der

ihnen zuhört und der sich nicht zu schade ist, bei Problemen jeglicher Art anzupacken. Um das trotz der erhöhten Präsenz in Berlin weiterhin sein zu können, schuf Koschyk nun die neue Position des Leiters des Wahl-

kreisbüros. Mit Dr. Oliver Junk gewann er dabei nicht nur einen kompetenten Juristen, sondern auch einen erfolgreichen CSU-Nachwuchspolitiker, der sich in Bayreuth als Kreisvorsitzender der Jungen Union, als Stadtrat und jüngst als Wahlkampfmanager des neuen Oberbürgermeisters Dr. Michael Hohl einen Namen gemacht hat. „Zentrale Aufgabe Junks“, so Koschyk, wird sein, die Wahlkreisaktivitäten zu koordinieren, Bürgeranliegen zu bearbeiten, aber auch die Unterstützung von Initiativen aus der Region gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag voranzubringen. Koschyk ist sich sicher: „Dr. Oliver Junk wird mich hervorragend dabei unterstützen, die vielfältigen Anliegen meines Wahlkreises und seinen Bürgern in Berlin bestmöglich zu vertreten!“

Sie erreichen Dr. Junk ab sofort in der Wölfelstraße 6:

Telefonnummer 0921-76430-15 oder per E-Mail unter hartmut.koschyk.ma01@wk.bundestag.de

Koschyks politische Korrespondenz

Politische Informationen aus erster Hand

Herausgeber: Hartmut Koschyk MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 - 73353
eMail hartmut.koschyk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bayreuth
Wölfelstraße 6
95444 Bayreuth
Tel. (0921) 76430 - 0
eMail hartmut.koschyk@wk.bundestag.de

Redaktion und Gestaltung:
Andreas Küffner
Paul Göttke
Dr. Oliver Junk

printed by

AVS Lettershop
Druck Management
& Distribution - Kapa